

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, set against a solid blue square background.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

# Europa weiß-blau: Wirtschaftstreff

---

**Mittwoch, 11.10.2017 um 08:00 bis 9:30 Uhr**

Stanhope Hotel, Saal Wellington

Rue du Commerce 9, 1000 Brüssel

---

## Begrüßung

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie recht herzlich zu unserem zweiten vbw Wirtschaftstreff hier in Brüssel.

Dieses Netzwerktreffen mit

- Vertretern von bayerischen Wirtschaftsverbänden und Unternehmen,
- Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie
- der Bayerische Vertretung

fand Anfang Mai erstmals statt.

Ziel des vbw Wirtschaftstreffs ist der Austausch und die Diskussion.

Wir als Vertreter der Bayerischen Wirtschaft sagen, wo uns der Schuh drückt und welche Themen uns auf EU-Ebene wichtig sind

- branchenspezifisch durch die einzelnen Firmenvertreter,
- aus Sicht der bayerischen Wirtschaft insgesamt durch die vbw.

Umgekehrt sind wir sehr daran interessiert, von unseren Europaabgeordneten aus Bayern informiert zu werden.

Wir wollen auch erfahren, wie wir Sie in Ihrer Arbeit als Parlamentarier konkret unterstützen können – etwa mit Informationen über die bayerische Wirtschaft oder durch die Vermittlung von Kontakten dorthin.

Lassen Sie mich ein paar EU-Themen ansprechen, die aus Sicht der bayerischen Wirtschaft von Bedeutung sind.

Die Diskussion um die Zukunft der EU ist richtig. Es muss sich was tun!

Die richtige Antwort auf Brexit und EU-Skepsis ist aber nicht ausschließlich der Ruf nach mehr Europa.

Stattdessen brauchen wir ein besseres Europa, das leistungsfähiger, eigenständiger, subsidiärer und geschlossener ist.

Wir sind überzeugt: Eine starke EU werden wir nur dann erreichen, wenn jedes Land für seine Schulden, seine Wettbewerbsfähigkeit und seinen Arbeitsmarkt selbst verantwortlich ist.

Die EU sollte sich zurückhalten

- mit Bürokratie,

- mit Einmischung und
- Umverteilung!

Jedes Land muss selbst aktiv werden, statt sich auf andere zu verlassen. Jedes Land muss wettbewerbsfähiger werden, damit die EU als Ganzes stark ist!

So wie Frankreich, das gerade dabei ist, – trotz aller Widerstände – den richtigen Weg zu beschreiten.

EU-Präsident Jean-Claude Juncker hat im Frühjahr die wichtige Diskussion über die Zukunft der EU gestartet.

Wir begrüßen, dass er

- in seiner Rede zur Lage der Union Mitte September und
- der kurz darauf veröffentlichten Strategie für die Industriepolitik

den Stellenwert der Industrie in der europäischen Politik ausdrücklich betont hat und die Wirtschaft stärker und wettbewerbsfähiger machen will.

Das ist der richtige Weg!

Während sich die EU auf der einen Seite eher zurücknehmen muss, brauchen wir in anderen Bereichen tatsächlich mehr Integration in der EU – etwa

- bei der Weiterentwicklung des Binnenmarktes,
- bei der Außen- und Sicherheitspolitik,
- bei der Grenzsicherung und bei der
- Flüchtlingsintegration.

Wir begrüßen den Ehrgeiz von Emmanuel Macron, die Zusammenarbeit in der EU in diesen Feldern voranzubringen.

Wir müssen aber aufpassen!

Dort, wo die Forderungen beider, von Juncker wie von Macron auf zu viel Staat, mehr Steuern und mehr Umverteilung zu Lasten Deutschlands hinauslaufen – etwa durch ein zweites EU-Budget und eine Art zusätzliches EU-Finanzministerium, dürfen wir diesen Weg nicht mitgehen.

Damit lösen wir die Probleme Europas nicht!

In die falsche Richtung gehen auch die Pläne der EU-Kommission nach einem Ausbau der EU-Sozialpolitik:

- die Europäische Säule sozialer Rechte,
- die Neuschaffung einer EU-Arbeitsmarktbehörde,
- die Revision der Entsenderichtlinie sowie die
- Richtlinie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das alles lehnen wir ab. Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik ist ganz klar Sache der Mitgliedsstaaten – und sie muss es auch bleiben.

Es dürfen auf EU-Ebene keine zusätzlichen sozialen Standards eingeführt werden, die die Souveränität der Mitgliedstaaten weiter einschränken.

Der Ausbau der sozialpolitischen Kompetenzen der EU

- verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip,
- würde Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft schwächen
- und folglich das Niveau der sozialen Sicherung in der EU eher senken als steigern.

Zudem würde das auch die Akzeptanzprobleme der EU verschärfen und den EU-Gegnern und Populisten weiter Auftrieb verleihen.

Statt Bürokratie und Umverteilung zu fördern, sollte sich die EU darauf fokussieren, den Binnenmarkt voranzutreiben.

Erfreulich sind die intensiven Anstrengungen der EU zur Stärkung des digitalen Binnenmarktes.

Wir brauchen dringend

- Anreize für zusätzliche Investitionen in den Ausbau von Informations- und Kommunikationsnetzen sowie
- europaweit einheitliche Standards zur Digitalen Sicherheit.

Was den Energie-Binnenmarkt angeht, so liegt beim sogenannten „Winter Package“ der EU-Kommission der Teufel im Detail.

Vieles davon geht in die richtige Richtung – etwa die marktwirtschaftliche Ausrichtung bei der Marktintegration der erneuerbaren Energien.

Andere Punkte, wie die vorgesehene alleinige Befugnis der Kommission bei der Festlegung von Strompreiszonen, sehen wir dagegen kritisch.

Zum Schluss ein paar Sätze zum Brexit.

Mit keinem anderen EU-Land treibt Bayern mehr Handel als mit dem Vereinigten Königreich.

Das Vereinigte Königreich ist weltweit nach den USA und China unser drittwichtigster Handelspartner.

Trotzdem steht für uns fest, dass bei den Austrittsverhandlungen die Stärkung des Europäischen Binnenmarktes Priorität haben muss. Die vier Grundfreiheiten der EU sind unverrückbar.

Es kann keinen Austritt geben, bei dem sich das Vereinigte Königreich nach Gutdünken das Beste aus den vier Grundfreiheiten herauschneidet.

Das wäre das falsche Signal an die anderen 27 EU-Länder.

Stattdessen müssen im Einzelnen neue Abkommen verhandelt werden.

Dabei brauchen wir möglichst niedrige Hürden für den gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch – sowie einen vernünftigen Interessenausgleich.

Grundsätzlich gilt: Die bayerische Wirtschaft benötigt vor allem Planungssicherheit und wünscht sich deshalb zügige Verhandlungsergebnisse.

Davon sind wir leider sehr weit entfernt. Die Zeit bis zum Austritt Großbritanniens am 29. März 2019 droht extrem knapp zu werden.

Die Verantwortung für die stockenden Gespräche trägt aber ganz eindeutig die britische Regierung, die weiterhin keinen klaren und einheitlichen Kurs fährt.

Meine Damen und Herren,

das waren ein paar Themen von unserer Seite.

Jetzt bitte ich unsere Mitglieder des Europäischen Parlaments, von den wichtigen Punkten ihrer Arbeit zu berichten und frage dann die gesamte Runde:

Welche Themen liegen Ihnen am Herzen?

Vielleicht starten wir mit Herrn Ertug, Herrn  
Ferber oder Herrn Deß – soweit ich weiß, müssen  
Sie in Kürze aufbrechen.